

Protokoll 11. Sitzung der Lenkungsgruppe AG Bürgerhaushalt

Datum: 22.11.2016, 17:00 Uhr - 18:30 Uhr
Ort: Stadthaus, Raum 1.077

(1) Begrüßung

Frau Müller (Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung) und *Herr Exner* (Bürgermeister) begrüßen die Mitglieder der Lenkungsgruppe - AG Bürgerhaushalt. Daneben wird *Herr Dr. Pokorny* vorgestellt, der die Moderation der heutigen Sitzung übernimmt.

Einleitend wird darauf verwiesen, dass die AG regelmäßig, mindestens jedoch nach drei Jahren, zusammen tritt, um über mögliche Entwicklungen des Bürgerhaushalts zu beraten. Die letzte Sitzung fand im Oktober 2013 statt. Die „TOP 20 – Liste“ des Bürgerhaushalts für 2017 wurde am 2. November 2016 an die Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben.

Herr Dr. Pokorny stellt die Tagesordnung vor und verdeutlicht das Ziel der Sitzung, eine einvernehmliche Empfehlung der Gruppe für die Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten, wie im kommenden Jahr mit dem Bürgerhaushalt umgegangen werden soll.

(2) Bericht über durchgeführte Bürgerhaushalte bis 2016 (BüHH 2017)

Herr Maaß beschreibt rückblickend die seit zehn Jahren erfolgreich durchgeführten Beteiligungsverfahren zur Haushaltsaufstellung. Er verweist darauf, dass, im Unterschied zur deutlich gestiegenen Gesamtbeteiligung auf nahezu 15.000, die Teilnahme bei dezentralen Bürgerversammlungen spürbar abnehme. Dies ist insofern zu beachten, da die Vorbereitung und Durchführung solcher Termine mit einem großen Aufwand verbunden ist. Daneben wurde eine Zunahme der Teilnehmenden im Internet verzeichnet. Dies kann auch durch vereinfachte Beteiligungsmöglichkeiten begründet werden, denn seit dem Bürgerhaushalt 2017 (in 2016) besteht die Möglichkeit, an Abstimmungsrunden auch ohne Benutzerkonto teilzunehmen. Ergänzend verweist *Herr Maaß* auf die bisherigen ausgaben- und einnahmebezogenen Fragestellungen der Vorschlagssammlung, benennt die vorhandenen Teilnahmebedingungen und zeigt den Umsetzungsstand der bisher insgesamt 173 an die Stadtverordneten übergebenen Vorschläge der Bürgerschaft auf.

Herr Exner ergänzt, dass er Potsdams Bürgerhaushalt als Erfolg bewertet. Er zieht ein positives Fazit. Aus seiner Sicht, sei eine direktere Beteiligung der Bürgerschaft, aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, kaum realisierbar. Der Beschluss über den kommunalen Haushaltsplan ist und bleibt das Recht der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Laabs erkundigt sich, welche Schlussfolgerung aus dem Rückgang der Teilnehmenden bei Bürgerversammlungen gezogen wird. Es wird darauf verwiesen, dass die Veranstaltungen bisher konzeptionell verankert sind. Soll zukünftig auf die dezentralen Veranstaltungen verzichtet werden, bedarf es einer entsprechenden Empfehlung der Lenkungsgruppe und einer anschließenden Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung. *Herr Maaß* verweist darauf, dass es ebenfalls Info-Stände – bspw. im Stern-Center oder auf Stadtteilstellen – gab, bei denen Interessierte ihre Ideen vortragen konnten. Dieses Angebot wäre als eine Alternative zu Stadtteilversammlungen denkbar.

Weiterhin erkundigt sich *Frau Laabs* nach statistischen Aussagen, wie bspw. der Altersstruktur aller Teilnehmenden. *Herr Maaß* erläutert, dass diese Zahlen im Rahmen der letzten Projektgruppe vorgestellt wurden. Er sagt zu, die entsprechenden Informationen am Protokoll der heutigen Sitzung zu ergänzen (vgl. Anlage).

(3) Sachstand und Handlungsbedarfe aus Sicht der Fraktionen

Herr Dr. Pokorny bittet die Teilnehmenden ihre Sichtweise zur bisherigen Durchführung des Bürgerhaushalts vorzutragen und, wenn möglich, konkrete Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Verfahrens zu benennen.

Herr Schüler (Bündnis90/DieGrünen) beschreibt seine Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt. Das Verfahren sei etabliert und wird von vielen Potsdamern akzeptiert. Es handele sich aus seiner Sicht aber nicht um einen Bürgerhaushalt im klassischen Sinne, sondern vielmehr um eine „unverbindliche Befragung der Bürgerschaft“. Ihm fehle der konkrete Haushaltsbezug. Nach seiner Auffassung sollten die Bürger, zukünftig auch die Möglichkeit erhalten, den konkreten Haushaltsentwurf des Kämmerers zu diskutieren, bspw. sich mittels eines digitalen Haushaltsrechners mit dem Haushalt auseinandersetzen zu können. Ihm sei bewusst, dass dafür eine entsprechende Vorlaufzeit notwendig ist. Er würde mittelfristig jedoch einen Schritt in diese Richtung befürworten und damit den Raum für konkrete Diskussionen des Haushaltsplans zu öffnen. Vorstellbar sei seinerseits eine Ergänzung des jetzigen Verfahrens ab dem Haushalt 2020.

Herr Heuer (SPD) dankt den Verantwortlichen für ihre intensive Arbeit im laufenden Verfahren. Nachfolgend skizziert er Überlegungen für eine grundsätzliche Reform des Verfahrens. Die Notwendigkeit weitreichender Änderungsvorschläge begründet er u. a. damit, dass nach seiner Betrachtung trotz des hohen Aufwandes bei der Ermittlung der 20 wichtigsten Vorschläge, die Politik dem Ergebnis oftmals etwas hilflos gegenüber stünde. Häufig sind in der „TOP 20-Liste“ allgemeine Themen der Stadtentwicklung ohne konkreten Haushaltsbezug vertreten, Bekanntes und bereits durch die Stadtverordneten Beschlossenes werde erneut aufgerufen sowie zum Teil inhaltlich widersprüchliche Forderungen aufgestellt. Die finanzielle Untersetzung (Deckung) durch die Vorschlageinbringenden fehlt meist ganz. Hier sieht er dringenden Nachbesserungsbedarf. Nach seinem Dafürhalten müssten sich die Bürgervorschläge näher an den Rahmenbedingungen eines Kommunalhaushalts orientieren. Somit könnten diese auch messbarer werden und wären so für die Politik auch besser zu bewerten. Seine Forderungen zielen auf eine stärkere Operationalisierung. Der gedankliche Grundsatz von Aufwand und Ertrag müsse stärker hervorgehoben und Vorschlageinbringende mehr an die Hand genommen bzw. angeleitet werden. Seine Vorstellung sei eine „TOP 20-Liste“ mit „entscheidungsreifen“ Bürgervorschlägen. Hierfür wäre auch die Einführung von zusätzlichen Kriterien zur Sortierung der Vorschläge denkbar. Damit könnten bspw. Ideen, zu deren Forderungen im Zeitfenster von 24 Monaten bereits Beschlüsse gefasst wurden, aussortiert werden. Daneben müsse es ein Kriterium zur konkreten Haushaltsrelevanz für das Bezugsjahr geben und die Angabe eines Finanzierungsansatzes bei Mehrausgaben verpflichtend sein. Daneben könne er sich eine Visualisierung der Erträge und Aufwände pro Vorschlag im Internet vorstellen.

Herr Finken (CDU) unterstützt die Aussagen von Herrn Heuer, dass zum Teil gegensätzliche Vorschläge und Fortsetzungen bereits geführter Debatten im Rahmen des Bürgerhaushalts nicht zielführend sind. Er verdeutlicht, dass aus seiner Sicht zukünftig konkrete Haushaltsthemen, wie bspw. die freiwilligen Leistungen der Stadt, zur Diskussion gestellt und ausschließlich auf diese fokussiert werden sollten. Denkbar wäre auch ein Abwägen / zur Auswahl stellen von Vorhaben als ein sinnvollerer Weg, die Bürgerschaft an Entscheidungen der Haushaltsplanung zu beteiligen. Auf diesem Weg könnten somit schnell Erfolgserlebnisse geschafft werden.

Frau Dr. Schröter (Die Linke) beschreibt die Methodik des vorliegenden Konzepts als sehr ausgefeilt. Auch aus Ihrer Sicht hat sich das Verfahren bewährt. Gleichwohl sei ihr bewusst, dass einige Anregungen der Bürgerschaft an der Fragestellung bzw. dem Haushaltsbezug vorbeigingen. Solche Reibungspunkte gehören jedoch, wie bei jeder Form der Bürgerbeteili-

gung, dazu. Eine weitere „Verkomplizierung“ sollte nicht angestrebt werden. Nach ihrer Einschätzung würde dem Verfahren eine Ergänzung um eine bestimmte „Summe x“ helfen. Dies erhöhe die Chancen, die Bürgerideen der 20er-Liste auch umsetzen zu können. Ein entsprechender Bezugspunkt zur Finanzierung der Bürgervorschläge, wie ihn Herr Heuer eingefordert hat, wäre damit geschaffen. Bedenken, dass es sich dabei „bloß um eine Spielwiese“ handele, teilt sie nicht. Das Budget stünde einer Diskussion des „restlichen“ Haushalts mit der Bürgerschaft, wie von Herrn Schüler vorgetragen, nicht im Wege. Mit einem Budget würde vielmehr die Verbindlichkeit des Verfahrens erhöht und verdeutlicht, dass die Stadtpolitik die Bürgerideen auch ernsthaft umsetzen möchte.

Herr Kaminski (Die Linke) trägt ergänzend vor, dass eine Durchführung des Bürgerhaushalts vor der Haushaltsaufstellung durch den Kämmerer die Realisierungschancen von Vorschlägen erhöhen würde. Auf diesem Weg sei eine stärkere Verbindlichkeit erreichbar, da die Ideen der Bürger dann schon im Rahmen der Haushaltsaufstellung eingepflegt werden könnten. Der Vorschlag wurde ebenfalls bereits im Projektteam diskutiert und fand dort, trotz rechtlicher Hürden auf die Herr Maaß hingewiesen hat, Zustimmung.

Frau Laabs (Die Andere) beschreibt, dass viele Teilnehmende unter dem Titel „Bürgerhaushalt“ eine direktere Beteiligung erwarten, als das Verfahren erfüllt. Im Ergebnis handelt es sich nur um eine unverbindliche Wunschliste. Das Fehlen eines Budgets, das ggf. als möglicher Orientierungsrahmen dienen könnte, führe dazu, dass die Bürger recht allgemeine Vorschläge einbringen. Diejenigen, die trotzdem konkrete Vorschläge machen, würden enttäuscht, da ihre Ideen zum Teil mit Bezug auf fehlende Gelder abgelehnt werden. Ihr Vorschlag ist die Einführung von Quartierfonds, um vor Ort eine Beteiligung zu ermöglichen und somit konkrete Erfolgserlebnisse für alle Beteiligten zu erzeugen.

Herr Exner ergänzt mit Bezug auf die Anregungen von Herrn Schüler und Herrn Kaminski, dass ein derart weitreichendes Vorziehen der Haushaltsaufstellung zu stärkeren „Unschärfen“ in der Planung führen würde. Er begründet dies mit verschiedenen Risikofaktoren in der Finanzplanung (u. a. Orientierungsdaten des Landes zu den allgemeinen Schlüsselzuweisungen), auf die die Landeshauptstadt Potsdam keinen direkten Einfluss nehmen kann. Den Forderungen nach einer Einführung finanzieller Budgets durch Frau Dr. Schröter und Frau Laabs würden nach seiner Auffassungen zu einer grundsätzlichen Veränderung des Verfahrens führen. Aus seiner Sicht sollte der Potsdamer Bürgerhaushalt weiterhin einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und auch im Rahmen der Reglementierung der Vorschlagsortierung eher „liberal“ ansetzen. Ebendies zeichnet das jetzige Verfahren aus und führt zu der mittlerweile sehr hohen Beteiligungsquote, mit der bei der Einführung kaum jemand gerechnet hätte. Für eine zukünftige Weiterentwicklung verweist er darauf, dass auch der Fokus auf die Strategische Steuerung der Landeshauptstadt Potsdam gelegt werden sollte und rät das Beteiligungsverfahren bei der strategischen Haushaltsplanung mitzudenken.

Frau Müller bemerkt, dass aus ihrer Sicht beim Potsdamer Bürgerhaushalt vieles gut läuft. Es gebe aber durchaus noch Anpassungsbedarfe. Sie fordert, dass alle zur Frage, wie es weiter gehen könnte, offen für neue Ideen sein sollten. Auch sie könne sich eine Fortentwicklung des Beteiligungskonzepts gut vorstellen. Denkbar sei, zeitnah bzw. parallel zum anstehenden Beteiligungsverfahren für den Doppelhaushalt 2018/19 Konzeptanpassungsvorschläge zusammen zu tragen, damit vor dem Start des darauf folgenden Projekts alle Fragen geklärt sind.

Herr Exner stellt abschließend fest, dass von allen Seiten ein grundsätzliches Festhalten an der Durchführung eines Beteiligungsverfahrens bei der Haushaltsaufstellung vorgetragen wurde. Zur zukünftigen Ausrichtung, dem Rahmen bzw. zum Weg, mit dem ein gemeinsames Ziel erreicht wird, gibt es jedoch unterschiedliche Ideen und Anforderungen. Diese weichen zum Teil weit voneinander ab. Trotz all der vorgetragenen Ansätze unterstützt auch er den Vorschlag von Frau Müller, das vorhandene Beteiligungsinstrument im nächsten Jahr wie bekannt weiterzuführen. Ggf. ließe sich über kleinteilige Anpassungen im Konzept, wie bspw. über ergänzende Kriterien für das Redaktionsteam, ein stärkerer Haushaltsbezug in der „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ herstellen. Dies könne zur einer stärkeren Verbindlichkeit führen. Weiterhin könne er sich eine stufenweise Anpassung bzw. Weiterentwicklung

vorstellen. Der Gesprächsfaden in der Lenkungsgruppe dürfe jedoch nicht abreißen, damit die Rahmenbedingungen für ein ggf. angepasstes Verfahren rechtzeitig geklärt sind.

(4) Weiteres Vorgehen

> Bürgerhaushalt 2018/2019

Herr Dr. Pokorny fasst folgenden Konsens zusammen:

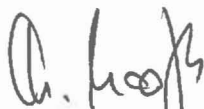
- Der nächste Bürgerhaushalt soll erneut mittels des vorliegenden Konzeptes durchgeführt werden.
- Zur Optimierung des Verfahrens können kleinteilige (nicht die Grundsätze des Konzepts betreffende) Anpassungen eingepflegt werden. Hierzu erfolgt eine zeitnahe Verständigung in der Lenkungsgruppe.
- Ziel ist es, den Bürgerhaushalt 2018/2019 im 2. Quartal 2017 zu starten.
- Alle Fraktionen werden gebeten, bis zum 8. Januar 2017 konkrete Änderungsvorschläge bezogen auf das vorhandene Beteiligungskonzept an die Projektleitung zu übermitteln.
- Anfang Januar (17. Januar 2017, 18 Uhr, Stadthaus Raum 3.025) tritt die Lenkungsgruppe erneut zusammen, um über das Wie zur Berücksichtigung der Anpassungswünsche zu beraten.
- Ziel der nächsten Sitzung ist es, so weit wie möglich die konzeptionellen Vorgaben für den Potsdamer Bürgerhaushalt 2018/2019 (in 2017) verbindlich zu definieren.

> Weiterentwicklung des Beteiligungsinstruments Bürgerhaushalt

Daneben müsse man sich in der Lenkungsgruppe weitergehend über die zukünftige Entwicklung der folgenden Beteiligungsverfahren verständigen. **Es besteht auch hier der Konsens, dass eine Beteiligung der Bürgerschaft an der Haushaltsaufstellung weitergeführt werden soll.** Zu klären ist die Frage, welches Ziel erreicht und welcher Weg dafür eingeschlagen werden soll. Ein konkreter Vorschlag für das weitere Vorgehen zur gemeinsamen Weiterentwicklung, soll ebenfalls in der Lenkungsgruppensitzung Anfang 2017 vorgestellt werden.

(5) Verabschiedung

Herr Dr. Pokorny bedankt sich für die konstruktive Diskussion. Er verabschiedet die Teilnehmenden.



Christian Maaß
Projektleitung Bürgerhaushalt



Frank Daenzer
Protokoll

Statistik: Votierung Bürgerhaushalt 2017



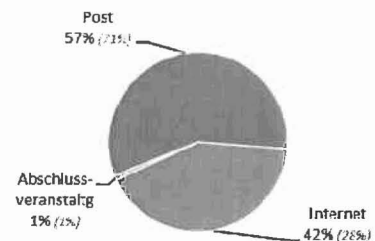
Landeshauptstadt
Potsdam

Gesamtbeteiligung: 14.690 (Vorjahr insgesamt: 10.025)

- Teilnehmende Vorschlagssammlung & Priorisierung: **2.106** (Vorjahr: 1.554)
- Teilnehmende Votierung bisher: **12.584** (Vorjahr: 8.471)

Beteiligungsweg:

	Vorjahr	
Post	6005	7217
Internet	2396	5267
Abschluss-VA	70	100
GESAMT	8471	12584



	inkl.	
	39	180 Aussortierte Mehrfachabstimmungen
	139	134 Laut Konzept nicht zugelassen (kein Haupt-/Nebenwohnsitz; unter 14 J.)
	512	485 Aussortierte anonyme Post-Abstimmungen

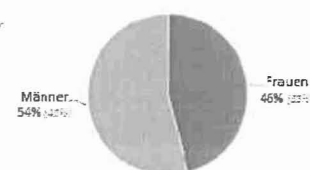
Statistik: Votierung Bürgerhaushalt 2017



Landeshauptstadt
Potsdam

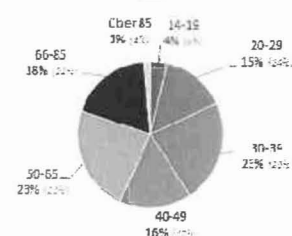
Geschlecht:

		Ugr. mit Vorjahr
Frauen	5348	4920
Männer	6279	2258
keine Angabe	957	104
	12584	



Alter:

		Ugr. mit Vorjahr
14-19	395	300
20-29	1628	855
30-39	2544	1770
40-49	1781	955
50-65	2827	1561
66-85	2048	1225
über 85	164	69
keine Angabe	1399	1492
	12584	



Wohnort:

		Ugr. mit Vorjahr
14467	Innenstadt	1067
14469	Potsdam-Nord	2328
14471	Potsdam-West / Brbg. Vorstadt	1659
14473	Teltower Vorstadt	903
14476	neue Ortsteile	1028
14478	Waldstadt / Schaaatz	1721
14480	Stern / Drewitz / Kirchsteigfeld	1477
14482	Babelsberg	1859
keine Angabe oder außerhalb Potsdams	602	507
	12584	

